

Erklärung zum Fachtag

„Reichtum. Macht. Armut.

Wie viel Ungleichheit verträgt die Gesellschaft?“

Reichtum produziert Armut, das Eine ist die Kehrseite des Anderen. Wachsende Ungleichheit bedroht den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Das Ergebnis der AfD zur Bundestagswahl ist ein alarmierendes Signal. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Trotzdem sind in Niedersachsen jede*r Sechste von Armut und Ausgrenzung betroffen.

Die neuen Regierungen im Bund und im Land Niedersachsen stehen vor der alten Herausforderung: Mehr soziale Gerechtigkeit. Auf der einen Seite nimmt die Zahl der Millionäre hierzulande stetig zu, auf der anderen Seite werden die Schlangen bei den Tafeln immer länger, weil das Geld selbst für das Essen nicht mehr reicht. Sozialer Aufstieg durch Bildung für Arme? Fehlanzeige. Der Hartz-IV-Regelsatz reicht zum Überleben, ermöglicht aber keine soziale und kulturelle Teilhabe. Immer mehr Menschen sind von gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.

Armut überwinden - Für ein solidarisches Niedersachsen

In Niedersachsen ist die Wirtschaftsleistung in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Trotz dieser günstigen Entwicklung sind 1,25 Millionen Menschen – fast jede*r sechste Einwohner*in - von Armut betroffen. Aktuelle Zahlen des Landesamtes für Statistik zeigen: 2016 hatten 16 Prozent aller Niedersachsen ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle. Besonders alarmierend ist, dass dies die höchste Armutsquote seit Beginn der bundesweit vergleichbaren Berechnung im Jahr 2005 ist. In vielen Städten wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Immer mehr Arbeitnehmer*innen haben unsichere Jobs mit niedrigen Löhnen. Zentrale soziale Leistungen wie zum Beispiel die Renten und die Arbeitslosenunterstützung sind in der Vergangenheit verschlechtert worden.

Eine Mauer zwischen Arm und Reich spaltet unsere Gesellschaft. Diese Spaltung gefährdet unseren demokratischen Zusammenhalt. Wir brauchen mehr



Solidarität. Solidarität mit den Armen, Arbeitslosen und Abgehängten. Solidarität mit den Geflüchteten und den benachteiligten Einheimischen.

Um die Armut in Niedersachsen zu überwinden, stellen die unterzeichnenden Organisationen mit dieser Erklärung ihre Forderungen in zentralen gesellschaftlichen Bereichen vor:

Reichtum, Armut und Demokratie

Langzeitbetrachtungen zeigen, dass die Wahlbeteiligung in Deutschland seit den siebziger Jahren rückläufig ist. Die vermeintliche Politikverdrossenheit ist allerdings nicht in erster Linie ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Während die Wahlbeteiligung der mittleren und oberen Schichten relativ konstant bleibt, verabschieden sich insbesondere Menschen mit geringem Einkommen zunehmend aus dem politischen Geschehen.

Die soziale Spaltung der Gesellschaft zeigt sich somit ebenfalls deutlich in der Wahlbeteiligung und wird zum Teufelskreis für die Schwachen unserer Gesellschaft. Eine kleinräumige Betrachtung zeigt unter anderem, dass die Wahlbeteiligung in wohlhabenden Stadtteilen häufig um ein Vielfaches höher ist, als in einkommensschwachen Quartieren.

Allerdings gilt: Nichtwähler*innen sind zum großen Teil nicht unpolitisch – eine Aktivierung ist möglich und notwendig! Dies zeigt auch die vergangene Bundestagswahl in besorgniserregender Deutlichkeit. Im Sinne einer demokratischen Ordnung müssen die Parteien wieder bürgernäher werden, sie müssen ihre Profile stärken, Alternativen aufzeigen und „ein Ohr für die Sorgen und Ängste der Menschen haben“. Keine Gesellschaft kann es sich leisten, ganze Bevölkerungsgruppen zu verlieren. Nur eine sozial gerechte Gesellschaft wird mittelfristig dem Erstarken populistischer Parteien entgegenwirken.

Wunderwaffe Bildung?

Bildung ist ein Allheilmittel gegen Armutsrisiken und Ausgrenzung – dieser Eindruck wird in Diskussionen über die aktuellen Herausforderungen zu Armutsbekämpfung, demografischem Wandel, Globalisierung oder Integration von Geflüchteten erweckt. Bildung reduziert zwar grundsätzlich die Armutsrisiken, allerdings mit abnehmender Tendenz - Prekarisierung von Arbeit betrifft längst auch schon Akademiker*innen. Was nützt alle Bildung, wenn sie nicht



zur Integration in einen existenzsichernden Job führt? Wer Bildung als Königsweg predigt, individualisiert die Probleme, drückt sich vor anderen strukturellen Lösungen und schiebt das Versagen oft den Einzelnen zu.

Wer es ernst meint mit Bildung zur Bekämpfung von Armut muss bereit sein, mehr in das Bildungssystem zu investieren. Dringend notwendig sind Investitionen und Personal für Kinderbetreuung, Schulen und Hochschulen, um die Bildungsgerechtigkeit zu erhöhen und Inklusion zu verwirklichen. Wir brauchen ein durchlässiges Bildungssystem, in dem die Herkunft nicht über Bildungschancen entscheidet. Lebenslanges Lernen muss kontinuierlich unterstützt und gefördert werden, darf jedoch nicht zur Floskel verkommen, die dazu dient, Ältere „auf Trab“ zu halten! Auch ein 55-Jähriger Dachdecker muss das Recht auf Bildungsurlaub haben. Träger*innen der Erwachsenenbildung sind angehalten, mehr Angebote zu konzipieren, die sich an Bedarfe und Bedürfnisse bildungsferner Personen richten. Angebote und Ausschreibungen müssen dafür einfach und verständlich formuliert werden und dürfen niemanden ausgrenzen.

Reichtum und Unfairteilung

Deutschland wird immer ungleicher. Das ist kein Alarmismus, sondern leider bittere Realität. Die Zahl der Superreichen, ihre Einkommen und Vermögen nehmen stetig zu. Auf der anderen Seite wächst die Zahl der von Armut bedrohten Personen. Inzwischen ist fast jeder sechste Bundesbürger akut von Armut betroffen oder bedroht. Vor 20 Jahren war es nur jeder zehnte. Armut ist jedoch kein Naturgesetz, sondern Folge jahrelanger Umverteilung von unten nach oben. Der Ausbau des Niedriglohnsektors wurde in der Vergangenheit politisch forciert. Seit Jahren sind atypische Arbeitsverhältnisse auf dem Vormarsch. Dies führt zu erheblichen Lohneinbußen der Betroffenen. Wer mit seinem Verdienst kaum über die Runden kommt, kann sich schwerlich ein finanzielles Polster für später anlegen. Altersarmut ist vorprogrammiert und wird durch das sinkende Rentenniveau weiter verstärkt. Für eines der reichsten Länder der Welt ist dies ein Armutszeugnis. Wir brauchen einen Politikwechsel: In der Vergangenheit wurden Vermögende und große Unternehmen durch zahlreiche Steuergeschenke privilegiert. Damit muss Schluss sein: Die

LandesArmutskonferenz
Niedersachsen



DER PARITÄTISCHE
NIEDERSACHSEN



Diakonie in
Niedersachsen

EFWE
Evangelischer Fachverband
Wohnung und Existenzsicherung e.V.



kda
kirche-arbeitswelt.de

MGAS
Niedersachsen e.V.

SoVD
Sozialverband
Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.

ver.di
Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Steuern auf Vermögen, hohe Einkommen und Gewinne müssen deutlich angehoben werden, Normal- und Geringverdienende brauchen eine Entlastung. Niedriglöhne müssen durch eine höhere Tarifbindung und die strikte Beschränkung von atypischen Arbeitsverhältnissen wie Leiharbeit, Werkverträgen und Minijobs zurückgedrängt werden. Das Rentenniveau muss wieder ansteigen. Außerdem brauchen wir eine armutsfeste Grundsicherung.

Teilhabe und Konsum

Grundbedingung für eine gerechte Gesellschaft ist die gleichberechtigte Teilhabe (Partizipation) aller Menschen am gesellschaftlichen Geschehen. Wer mangels finanzieller Ressourcen den allgemein üblichen Lebensstandard für längere Zeit deutlich unterschreitet, ist von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Das gilt für Bildung, Politik, Kultur - aber auch für Konsum. Zu unserem allgemein üblichen Lebensstandard gehört ein Mindestmaß an Konsum. Eine wesentliche Voraussetzung für eine offene Diskussion über die Bedingungen von gerechter Teilhabe und angemessenem und nachhaltigem Konsum ist die Selbstorganisation von Betroffenen und ihre Beteiligung am Prozess der Armutsbekämpfung. Vorhandene Ansätze von Selbstorganisation müssen verstetigt und ausgebaut werden. Die vom Land Niedersachsen geförderten unabhängigen Erwerbslosenberatungen sollten materiell in die Lage versetzt werden, die Bildung unabhängiger Selbsthilfegruppen von Erwerbslosen zu begleiten und zu unterstützen. Das ist eine Basis für eine gesellschaftliche Konsum-Diskussion, bei der vermieden wird, dass den ohnehin Armen und Ausgegrenzten Verzicht gepredigt wird; Verzicht, den Bessersituierte selten bereit sind zu leisten.

Hannover, 17. Oktober 2017, Weltarmutstag

Die Unterzeichnenden:

AWO, Caritas, DGB, Diakonie, Evangelischer Fachverband Wohnung und Existenzsicherung, GEW, KDA, Landesarmutskonferenz, Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Nds. e.V., Paritätischer Nds., SoVD, Verdi.

V.i.S.d.P. Klaus-Dieter Gleitze, LAK Niedersachsen
c/o LAG FW, Grubenstr. 4, 30159 Hannover

